

Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion GRÜNE/Die Linke. und der Fraktion BSW/DAL-WGD

öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Bezirksvertretung Hamborn	20.01.2026	Entscheidung

Betreff

**Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion GRÜNE/Die Linke. und der Fraktion BSW/DAL-WGD;
hier: Abriss der Gebäude auf dem Gelände des ehemaligen St.-Barbara-Krankenhauses**

Inhalt

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich alle erforderlichen Schritte einzuleiten, um den Abriss des ehemaligen St.-Barbara-Krankenhauses, des dazugehörigen Altenheims sowie der weiteren leerstehenden Gebäude auf dem Gelände rund um die Gartenstraße, Schroerstraße, Bastenstraße und Dörnbergstraße zu veranlassen.

Sofern rechtlich möglich, sind die Kosten dem Eigentümer bzw. dem Insolvenzverwalter aufzuerlegen.

Alternativ dazu kann der Ankauf des Geländes durch die Stadt auf Grundlage der bestehenden Ratsbeschlüsse und der insolvenzrechtlichen Rahmenbedingungen erfolgen.

Begründung

Seit vielen Jahren wird die Stadt und damit die Allgemeinheit von dem Insolvenzverwalter der Entwicklungsgesellschaft für das Gelände nach der Insolvenz der Harfid-Gruppe faktisch gehalten. Statt seiner Verantwortung als Eigentümer nachzukommen und sich um eine ordnungsgemäße Sicherung, Pflege oder Entwicklung des Areals zu kümmern, lässt er das Gelände sehenden Auges verfallen.

Das Ergebnis ist ein städtebaulicher und ordnungsrechtlicher Missstand ersten Ranges: Die Gebäude entwickeln sich zunehmend zu einem sogenannten „Lost Place“, der eine erhebliche Gefährdung für die Allgemeinheit darstellt. Immer wieder betreten Unbefugte das Gelände, es kommt zu Vandalismus, Müllablagerungen und nächtlichen Ruhestörungen. Anwohnerinnen und Anwohner berichten regelmäßig von Lärm, Schaulustigen und Personen, die offen damit prahlen, das Gelände ungehindert betreten und verlassen zu können.

Statt der Insolvenzverwalter seiner Pflicht nachkommt, sieht sich die Stadt seit Jahren gezwungen, durch Sicherungsmaßnahmen am Zaun und den Einsatz eines Sicherheitsdienstes Aufgaben zu übernehmen, die eindeutig dem Eigentümer obliegen.

Dieses Vorgehen mag kurzfristig notwendig gewesen sein, ist aber auf Dauer weder hinnehmbar noch vermittelbar.

Die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion, die Fraktion GRÜNE/Die Linke. und die Fraktion BSW/DAL-WGD halten daher den Abriss der Gebäude für den konsequenten nächsten Schritt, um die bestehende Gefahrenlage zu beseitigen und die unzumutbare Belastung für die Anwohnerschaft zu beenden. Sollte der Insolvenzverwalter hierzu nicht bereit oder nicht in der Lage sein, sind ordnungsrechtliche Maßnahmen konsequent durchzusetzen.

Unabhängig davon bleibt ein vollständiger Ankauf des Geländes durch die Stadt weiterhin eine denkbare Alternative. Diese Option ist jedoch nur dann realistisch, wenn sie auf Grundlage der bestehenden Ratsbeschlüsse, klarer rechtlicher Rahmenbedingungen und zu vertretbaren finanziellen Konditionen erfolgt.

Ein weiteres Abwarten ist der Stadtgesellschaft nicht mehr zuzumuten.

(OB-01/90-1/92)